

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 263

Montag, den 10. November 1902

13 Jahrgang.

Eugens Born.

Zweites Kapitel.

Wie eine Fronte auf die von einigen Seiten sehnsüchtig herbeigewünschte „Koalition der Vinken“ muthet die Ueberschrift des zweiten Abwehr-Artikels der „Freisinnigen Zeitung“ an. „Aus dem Lügenfaden der Sozialdemokratie“ jauchzen die großen Lettern des Spitzentitels jedem Leser entgegen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat diese freundschaftliche Kampfweise bereits mit allen Anzeichen der Freude vermerkt. Doch wollen wir nicht abstreiten, daß auch bei uns diese originelle Marke mit dem gebührenden Humor aufgenommen ward. Mit einem Dank beginnt dann der Text der zweiten Epistel:

„Aufrichtig dankbar sind wir der Sozialdemokratie, daß sie in dem sogenannten „Sozialistischen Volkskalender“ den Lügenfaden bereits jetzt geöffnet hat, dessen die Neuwahlen zum Reichstag sorgfältig präpariert hat zum Gebrauch ihrer Agitatoren in freisinnigen Versammlungen. Dergleichen Lügen und Verächtlichkeiten werden in Berlin von langer Hand präpariert und kommen dann schablonenmäßig überall im Reich gleichmäßig zum Vorschein.“

Es ist nicht schön, daß uns die „Freisinnige Zeitung“ das Verdienst freitig zu machen versucht, daß wir Schlesier unseren Agitationskalender selbst anfertigen. Die Berliner sind wahrlich an dieser Schöpfung gänzlich unschuldig. Auch ist es nicht nötig, über die freisinnige Volkspartei irgend welche Lügen und Verächtlichkeiten zu „präparieren“. Zum Leidwesen aller wahren Volkstreue in Deutschland hat die freisinnige Volkspartei im letzten Jahrzehnt unter der bewährten Führung des Abgeordneten Richter eine Entwicklung nach rückwärts durchgemacht, wie man es nie erwarten konnte. Darüber sind sich alle übrigen Oppositionsparteien einig, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, von den süddeutschen Demokraten bis zu den liberalen Vereinigungsmännern. Ja, selbst innerhalb der Volkspartei nehmen die Stimmen zu, die von einer Versumpfung der eigenen Partei berichten; wir haben in Breslau solche Kronzeugen sehr nahe. Und wenn wir diesen Krebsgang des Freisinn auch bebauern, keine Macht kann uns abhalten, diesen tiefen Schaden vor allem Volk aufzudecken. Das wäre Selbsttäuschung und Volksbetrug, dessen wir uns auf keinen Fall schuldig machen wollen. Und da sämtliche schlesische Abgeordneten der Volkspartei zu den rückgratlosen Nachahmern der Richter'schen Schwachvolktüm gehören, ist unser öffentlicher Protest doppelt von Nöthen.

Wie leichtfertig aber die „Freisinnige Zeitung“ ihren Vorwurf erhebt, daß gestatte man uns doch an einem kleinen Beispiel klarzustellen Sie schreibt:

„Weiterhin heißt es, daß die Freisinnigen gar nicht daran denken, die Belastung der Lebensmittel durch städtische Steuern abzuschaffen. Die Verfasser des „Schlesischen Volkskalenders“ schreiben hier direkt wider besseres Wissen.“

Da hört doch Alles auf! Beweist nicht die Stadt Breslau zur Genüge, daß die Anhänger der Freisinnigen Volkspartei dort, wo sie die Macht haben, nicht daran denken, die städtische Lebensmittelbelastung abzuschaffen? Schrieb doch dieser Tage die „Deutsche Tageszeitung“ über Breslau mit vollem Recht:

„Die freisinnige Stadtverwaltung stimmt in das Geschrei über „Vollwucher“ mit ein, und vertheuert ihrer

Bürgerschaft die Lebensmittel in einem Vierteljahre um fast eine halbe Million Mark!“

Und dennoch behauptet die „Freisinnige Zeitung“, obigen Satz haben die Verfasser des Kalenders „wider besseres Wissen“ geschrieben. Wer ist da der Lügenfaden, Herr Eugen Richter? Was nicht Eure Gegnerschaft gegenüber den Lebensmittelsteuern, wenn Ihr sie dort vergerbt, wo Ihr die Macht habt?

Zur augenblicklich schwebenden Zollwucherfrage wird bemerkt: Neben der in unserem Artikel über die Agitationsweise der Sozialdemokratie gebrauchten Behauptung, daß die Freisinnige Volkspartei, „um sich nach oben beliebt zu machen“, für eine Vergrößerung der Marine und für eine Vertheuerung des Zuckers eifere, ist das stärkste Stück in dem Lügenfaden des „Volkskalenders“, die Behauptung, daß die Freisinnigen den „junckerlichen Brotvertheurern“ in die Hände arbeiten, weil sie für den bestehenden 350 Mark-Zoll für die Haupt-Getreidearten eintreten, anstatt die völlige Abschaffung der Getreidezölle zu verlangen.

Wir bleiben dabei, die Volkspartei arbeitet bei der gegenwärtigen Berathung der Zollvorlage den Wucherpartei in die Hände. Diesen Vorwurf erheben nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Anhänger der freisinnigen Partei selbst. In einer freisinnigen Versammlung sagte dieser Tage der Redakteur eines Breslauer volksparteiellen Blattes was folgt: Es ist in der freisinnigen Volkspartei

„allerdings eine Unterströmung vorhanden, welche mehr Werth auf die Handelsverträge als auf den Zolltarif legt. Wenigstens sei der Anschein hierfür vorhanden. Er habe nicht ausgeprochen, daß Herr Eugen Richter die Absicht habe, seinerseits für Zollrückstellungen auf Brotrücktritt einzutreten, aber seine taktischen Ränkeleien, die er nicht begriffe, bedeuteten eine Förderung der Zollvorlage und dienten allerdings im Endeffekt der Verabschiedung des Zolltariffmonstrums noch in dieser Session.“

Diese Ansicht vertreten also die eigenen Anhänger, kann sich Eugen Richter da wundern, wenn wir die gleiche Empfindung haben und öffentlich kundgeben? Die Volkspartei hat 900 Abstimmungen über den Zolltarif verhindert, als Richter im Widerspruch zu dem Präsidenten alle Abstimmungen über Zollfreiheit befämpfte und die Mehrheit des Reichstags auf seine Seite brachte. Die Volkspartei hat den Uebergang zur Tagesordnung funktionirt bei der Berathung der Wangenheim-Anträge und sich dadurch um die Förderung der Berathung verdient gemacht. Die Volkspartei hat die Verbesserungsanträge zum Zolltarif den Sozialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung überlassen, oder durch Schweigetalent den Gang der Verhandlungen gefördert, so daß selbst die „Bel. Volksztg.“ diese Haltung unerklärlich fand und die Scharfmacher-„Post“ sie belobigte. Es läßt sich also auch in diesem Punkte der verschärfte Vorwurf aufrecht erhalten, daß die Volkspartei den junckerlichen Brotvertheurern in die Hände arbeitet.

Richters Abwehr neigt sich dem Ende zu, aber noch einmal holt er aus, um einen Keulenschlag auf des Gegners Haupt herniederzulassen zu lassen:

„Trotz allem Raffinement ist es der Sozialdemokratie schwer geworden, den Lügenfaden zu füllen mit solchen Ausführungen aus der gegenwärtigen Wahlperiode. Der Kalender sucht daher „alle Kamellen“ hervor, mit denen man schon bei den Reichstagswahlen von 1898 vergeblich (Vergeblich?) zu wirken gesucht hat. Die Interessen der Landarbeiter, so heißt es in dem Kalender, soll die Freisinnige Volkspartei bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs „schmächtig ver-

zichten“ haben, weil sie nicht dafür eingetreten sei, die Einkünfteordnungen mit einem Schläge zu beseitigen. Kein Landarbeiter könne der Freisinnigen Volkspartei seine Stimme geben.“

Diese schmächtige Haltung sucht die „Freisinnige Zeitung“ damit zu entschuldigen, daß beim Bürgerlichen Gesetzbuch die Materie der Befindeordnung nicht mehr mitzuschleppen war. Wie will sie das beweisen? Umgekehrt ist sicher, daß die Regierung das gewaltige Werk nicht hätte scheitern lassen, auch wenn eine Reichstagsmehrheit die schändlichen Befindeordnungen durch das Gesetz mit aufgehoben hätte. Aber gegen diesen Versuch hat sich die freisinnige Partei ebenso gestemmt, wie die freisinnigen Abgeordneten in Gotha die Beibehaltung der Befindeordnung verschuldeten.

Wir haben den Kalender auf Veranlassung der „Freisinnigen Zeitung“ noch einmal gewissenhaft durchgeprüft und in allen seinen Theilen gut befunden. Die Vertheilung desselben ist, wie wir wissen, überall glatt von Stationen gegangen, wo aber noch einige Exemplare unbenuzt liegen sollten, Genossen, da hebt sie sorgfältig ans Licht und führt sie ihrer Bestimmung zu. Wie die Bekämpfung ausweist, ist der Kalender sehr wirksam.

Der „Freisinnigen Zeitung“ aber in aller Freundschaft noch ein paar Worte. Sie wirft mit „Hegern“ und nichtsnutzigen „Deinagogon“ um sich, als ob diese durch ihre Verwendung geheiligten Worte nicht heute noch mit gleicher Ueberzeugung von den Konservativen gegen die Werber der Volkspartei geschleudert würden. So wenig sich aber die Freisinnige Partei durch solche Titulationen von konservativer Seite abhalten läßt, für ihre Sache zu wirken und die Reaktionsäre anzusehen, so wenig üben diese Kraftworte auf uns irgend eine Wirkung aus.

Zum Anderen aber hat die „Freisinnige Zeitung“ vor wenigen Tagen erst ihre eigenen Parteigenossen in der „Breslauer Morgenzeitung“ als gestimmungslose Kulis hingestellt, die um des lieben Geldes willen links oder rechts schreiben. Wer so seine eigenen Parteigenossen beschimpft, dessen Schlässe prallen am blanken Schilde der Sozialdemokratie wirkungslos ab.

Politische Uebersicht.

Die stürmische Reichstagsführung am Freitag wird in der Presse lebhaft besprochen. Ein konservatives Blatt, die „Tägl. Rundsch.“, giebt ihrem Mißfallen über den Verlauf der Sitzung deutlich Ausdruck. Im Laufe ihres Berichtes schreibt sie:

„Aber das Siegesbehagen, dem die Linke und namentlich Herr Singer sich hingab, war verfrüht: Mit zauderhafter Gewandtheit tauchte ein Antrag auf Schlag der Debatte zum unendlichen § 5 auf, und ehe die Führer der Opposition sich von ihrer Verblüffung erholt, ehe sie noch Zeit hatten, die übliche namentliche Abstimmung zu verlangen, war der Redefried unbarbarisch abgeschritten. „Gewaltakt!“ grüßte Fischer in das augenblickliche Chaos hinein, drohend schüttelte Vollmar seine Hände gegen die Rechte hin, gelassen erhob sich nur Paul Singer, um, als die Ruhe mühsam hergestellt, das Haus mit einem Sturzbach von Abstimmungsanträgen zu überschütten. Da taucht, lärmumbräuht, Stabhaagen wieder auf; er will die Vertagung und die namentliche Abstimmung dafür; der monotone Namensaufruf beginnt, die Vertagung wird abgelehnt. Und wieder erfüllen die Schriftführer mit heiserer Stimme ihre qualvolle Pflicht: der erste Verschleppungsantrag ist an der Reihe. In eifriger Hast wird Name auf Name heraufgehoben, im Lärm mancher überhört; die Linke verläßt bis

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Siedig.

(Nachdruck verboten.)

70) Einen raschen Blick warf sie auf ihr Friedchen — ob, wie war die ausgeblüht unter der sorgsamsten Pflege der Mutter! Es half nichts, es hatte Alles nicht geholfen, nun mußte sie die doch wieder Anderen überlassen.

Fräulein Haberform war zum ersten Mal mit einer Aufwärterin zufrieden. Zum ersten Mal auch, daß sich ihr Mißtrauen verlor. Im Anfang hatte sie stets beobachtet, was Mine that. Jetzt traute sie sich, in ihrer Wohnstube am Sekretär sitzen zu bleiben und, zahlendebende Papiere und Kurzettel vor sich, zu schreiben und zu rechnen, während die Aufwärterin im Schlafzimmer, wo der Gelbschrank stand, das Bett machte.

Die Entreebür bei Fräulein Haberform war immer zweimal verschlossen und noch die Sicherheitskette vorgelegt: nie wurde geöffnet, ohne daß diese eingehängt blieb.

Das Fräulein hatte eine nervöse Angst. „Man weiß ja, wie schlecht die Menschen sind“, sagte sie einmal in einer besonders vertraulichen Stunde zu Mine. „Und alleinlebende Damen, die können zu leicht — oh!“ Sie schauderte und sprach nicht aus. Ein Ausdruck des Entsetzens schrak sie ihr obenhin verkrüppeltes Gesicht noch mehr zuwanden, ihre stehenden Augen schienen noch stehender in jeden Winkel zu fahren und spähten dann auch in Mine's Gesicht.

Was hatte die nun von al' ihrem Gelde?! Mine schüttelte den Kopf. Befehle bekam die ja nur von Geldbrieftägern oder von leinen Leuten, die ihr Insien brachten. Dann ging sie aus, um als Geld wieder wegzutragen; ängstlich hielt sie das geputzt, aber Mine sah doch, wie sie Papierschneide und Goldrollen in das schwarze, erlesene Lederfäßchen packte.

Mit Jedem, der da kam, wurde über die Sicherheitskette weg verhandelt. Auch die Kollektoren, die fleißig vorkamen, wurden so abgefertigt: nur der Geistliche und die Vorstände mildthätiger Vereine wurden in's Zimmer geführt.

Aber selbst von ihrem Wohlthun hatte die kein Vergnügen. Kein Armer kam in's Haus, der da sagte: „Vergelt's Gott!“ Die empfand nie das Wohlgefühl, ein armes Weib auf der Hintertreppe mit einer Tasse warmen Kaffees, oder hungernde Kinder mit einem Butterbrot oder einen Arbeitsunfähigen mit fünf Pfennigen zu beglücken.

Das Herz that Mine weh, wenn sie Zeuge war, wie das Fräulein den Bettenden, ohne Wort, die Thür vor der Kasse zuschloß. So lange sie im Dienst war, da hatte sie auch nicht gewußt, was das heißt: „Unter tägliches Brot giebt uns heute“ — da hatte sie immer ihr Essen und Trinken; aber jetzt — ?! Der Winter war lang, der Armen kamen viele. Es war ein

spredend vorwinksvoller Blick, mit dem Mine ihre Dame ansah. Diese schien den Blick auch wohl verstanden zu haben; kurz darauf erdichten sie in der Küche, ihr hagerer Finger wies traurig auf eine fett gedruckte Stelle in der Zeitung. Da hatte irgendwo ein bettelnder Handwerksbursche die ihm öffnende Frau erregt und die Wohnung ausgeraubt.

Mine buchstabirte es mühsam heraus, dann mußte sie auf-lachen — also vor so etwas hatte Fräulein Haberform Angst?! Ihr Lachen schien diese noch mehr zu erschrecken; sie wich zurück bis zur Küchentür, ihr noch immer ausgefrierter Finger zitterte, ihr Gesicht, ihre ganze Erscheinung drückten höchstes Grausen, tiefste Erschütterung aus.

Mine fühlte Mitleid mit der einsamen Alten. „Se brauchen vor mir keine Angst zu haben“, sagte sie quimüthig, „ich kann mich mal gut ein Huhn schlachten.“ — war er immer ein Angang.“

Diese Versicherung schien doch nicht ganz beruhigend. Es kam Mine vor, als zeige das Fräulein wieder etwas von dem anfänglichen, zurückhaltenden Mißtrauen; das kränkte sie, aber diese Kränkung vergab sich bald über anderen Sorgen.

Mine suchte Reinemach- und Waschstellen. Vor der Filiale des „Polanangeigers“ hatte sie Pollen und stürzte sich auf das erste herausgabte Adressbuch. Sie scheute keinen weiten Weg. So gelang es ihr, als Reinmachfrau in Noabit, als Wäscherin am Halleischen Thor und in Charlottenburg, zur Anstalts am Sonnabend in der Friedrichstadt anzu-kommen. Die Herrschaften sahen ihre derbe Figur und versprachen sich eine tüchtige Arbeitskraft.

Aber Friedchen?! Der alte Restle wollte sie wohl hüten; er liebte das Enkelkind, machte mit ihm die Scherze „Kudul“ und „Küle hille“, durch die er einst Trudchen entzückt, aber er sah im feuchten Kellerloch, und Friedchens Wangen verblagten dort zu sehend.

Nun sollte Grete, während der Mutter Abwesenheit, nach der Bahnhofsstraße zu Friedchen kommen. Aber als Mine erntmal unvernünftig früh nach Hause kam, fand sie das blasse Mädchen am offenen Fenster, überweilt hinausgelehnt, regungslos, wie gekannt hinstarrend nach drüben, wo hinter dem Bretterzaun die Eingangspforte der Feilerkammer sich aufthat. Friedchens Kleid glimmte, sie war, unbeaufsichtigt, den glühenden Funken des Achenloches zu nahe gekommen. „Jesus, aber Grete!“ — Erst der laute Schrei der erschrockenen Mutter entriß Grete ihrem Starren. Bläß und ohne Entschuldigung, drückte sie sich in einen Winkel. Mine überließ ein Grausen, sie mußte an Rathilde denken; sie hatte nicht mehr das Herz, das Mädchen allein mit dem Kinde in der Wohnung zu lassen.

Frau Restle gerbrach sich ernstlich den Kopf, was sie mit Grete anfangen sollte. Wie ein Schatten schlich die umher; immer war sie da, wo man sie nicht vermutete. Wenn man sie ansprach, antwortete sie nicht, sie schien nicht zu hören, aber glaubte sie sich

allein, so redete sie ununterbrochen und sang seltsame Lieder in scharfen, einmüthigen Rhythmen.

Mutter Restle ließ es nicht an handgreiflichen Ermahnungen fehlen. „So wille Dreische hat noch keens von meine Kinder jertriegt“, sagte sie. „Schwächlich ist se mar, id kann ihr doch nich zu Schanden hazen. Furcht hat se woll, aber keine Besserung.“

Noch zitterte Grete das Herz, wenn sie an jene Bächtigung dachte, die ihr am Morgen nach Arthur's Hochzeit an Loel geworden.

„Ja mer' Der lehren, mir so zu blamieren“, hatte die Mutter geschrien, die schlechter Laune war, und mit der Faust zugehauen, wohin es gerade traf.

Und Grete war in die Kniee gesunken und hatte, ohne nur den Versuch zu machen, mit den Armen ihren Kopf zu schützen, widerstandslos die Schläge über sich ergehen lassen. Sie litt ohne Laut, ohne mit der Wimper zu zuden, ohne Thräne, mit entrücktem Blick.

Nur als ihr am Abend, da sie, wie immer, verstoßen hinaus-schlüpfen wollte, die Mutter den Weg vertrat, legte sie sich zur Wehr. Troy ihres Sträubens gerrie die Mutter sie in die Küche und schloß sie ein. „Da kleibste. Ja mer' Der wohl det Handwert mit de Heilsarmee sein!“ — Da hatte sie gewimmert und sich verzweifelt auf dem Küchentischbett gemäht.

Grete liecht dahin. Was ihr fehlte, konnte sie selber nicht sagen. Lust — Nicht — Liebe — ?! Sie hatte ja immer im Keller gewohnt.

Dst konnte sie Mo-gens nicht aufstehen, so schwach fühlte sie sich: eine bleierne Müdigkeit lähmte ihr die Glieder. Der Leib that ihr weh, der Rücken, die Brust — Alles Alles.

Dann blieb sie liegen — ohne sich zu rühren, die Hände über der Brust gefaltet, und blickte starr gegen die dunkle feuchte Kellerwand.

Die Mutter ließ sie liegen — zu gebrauchen war sie ja doch nicht — und schiedte ihr durch Elli eine Tasse Kaffee und eine Schrippe. Aber der Kaffee war der letzte aus der Kanne, die Körnchen des Grundes reizten die Kranke zum Husten; und die knusprige Schrippe wollte nicht durch den trockenen, ausgebrannten Schlund rutschen.

So genoh sie gar nichts, sondern starrte wieder gegen die dunkle, feuchte Wand — stundenlang. — bis ihr vor Schwäche die Augen zufielen.

Und dann kamen ihr Träume, wunderbare Träume; halb im Schlaf, halb im Wachen. Sie höete Stimmen singen, wohlbesaunte Stimmen:

Sage es Jesu!
Du hast sonst nimm r
Soldaten: us va Bruder“ —

(Fortf. folgt.)

auf wenige Mann den Saal. Und ihre Absicht wird zum Ereignis: das Haus III, nach fast heftigster Sitzung, beschließt...

Mußentbrannt ist auch die „Deutsche Tageszeitung“. Sie läßt ihren Gefühlen gegenüber der Freisinnigen Vereinnung freien Lauf:

Im Reichsparlament ist die Obstruktion in vollem Schwange, das Obstruktionskarrell der Linken, mit Herrn Singer an der Spitze, feiert Orgien. Die manneswürdigen Mannen des Freisinnigen Senkes demütigen das Haupt vor der überlegenen Geschäftspraxis des früheren Mantelfabrikanten...

Ueber die Thätigkeit des Vertreters unseres Nachbarreiches v. d. Wartenberg, des Abgeordneten Kardorff, lesen wir in der „Sächs. Arbeiterztg.“:

Am Freitag hat als Erster der alte Hünder der Laurabütte, Wilhelm v. Kardorff, die Sitten d. Reichstages in Kadavopolitik in das deutsche Parlament eingeführt. In Ermangelung eines Füllbeckens zog er die Schublade seines Schreibpultes im Reichstagsaal halb heraus und hämmerte in finstlerischer Wuth auf das Holz los...

Der „Vorwärts“ schildert die Vorgänge in folgender Weise:

Von dem Vorn, den dieser Vorschlag (Böhmel) bei den Mehrheitspartien hervorrief, kann man schwer eine Vorstellung geben. Man sah eine ganze Gallerie zum Schreien geöffnete Mäuler auf der Rechten, allen voran stand Herr von Kardorff; Graf von Rehn schlug in tragischer Gebärde fortwährend die Hände über dem Kopf zusammen...

An einer anderen Stelle bemerkt unser Zentralorgan: Ein besonderes Studium verdienen die Zwischenrufe, die jetzt die Reichstagsdebatten beherrschen. Hervorragendes leistet darin die Rechte. Von dem vor einigen Tagen der Ruf: „Gleicher Wirth“ gegen einen Redner der Linken abschleudert wurde, wird sich nicht feststellen lassen...

Die „Berliner Volkszeitung“ hat dieselben Eindrücke von der Sitzung erhalten als der „Vorwärts“:

Der gestern Obstruktion der schlimmsten Art getrieben hat, das war gerade diese Mehrheit, die, während der durchaus sachlichen Rede des Abg. Böhmel unter Führung des Herrn von Kardorff rührenden Lärm vertrieb, der schließlich auf der Rechten nach Art der Wiener Kadavoparlamentarier mit Schlägen und Pulschubladen zu arbeiten anhub...

Sogar die „National-Zeitung“ schreibt:

Aus aller Welt.

Ein literarisches Ereignis. In Leipzig wurde soeben der erste Band einer neuen, der sechsten, gänzlich umgearbeiteten und demnachsten Auflage von Meyers Großem Konversations-Lexikon ausgegeben.

Das Reichsgericht verurtheilt den Schachtmeister Leo Bed wegen Betrugs militärischer Geheimnisse zu fünf Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, dem Kontrolleur Anton Bai zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den Erbschreiber Josef Brodermann zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahr Ehrverlust und Maria Bai wegen Beihilfe am Betrug militärischer Geheimnisse zu neun Monaten Gefängnis.

Kampf mit Wilderern. Aus Göttingen Anhalt) wird gemeldet: Als im benachbarten Rothmannsdorf zwei Forstbeamte und der Amtshüter drei Wilderere überraschten und diese durch Schüsse schwer verwundeten, wurden sie plötzlich von vier Genossen der Wilderer überfallen. Einem Forstbeamten wurde das Schenkel durchschossen, dem Amtshüter der Oberarm. Sämtliche Wilderere, von denen drei schwer verwundet waren, sind entkommen.

Der Herrschungsman Hempelmann in Kiel wurde nach der Verurteilung der Strafkammer wegen Verleitung zum Meuterei zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Der Schatzmann war wegen eines Betrugs gegen ein junges Mädchen in Untersuchung gezogen worden und hatte sich auf die angegebene Art den Verweis eines Alibis verschaffen wollen.

Ersticktes hat sich in Mainz Centraunt Siebold. Nach der „Frankf. Zig.“ hatte Siebold den Abend vorher im Dünghaus mit einem andern Offizier einen Wortwechsel, der angeblich eine Herausforderung zur Folge hatte.

Schreckenshaft einer Mutter. In Bernhardt i. Schlei hat die Frau des Kadavierschölers in Folge von ehelichen Zwistigkeiten sich und ihre Kinder zu erlösen versucht. In Abwesenheit ihres Mannes begibt sie den Schlafstübchen an und ist das Rohr ihres Kindes bewußlos vor. Der ärztlichen Hilfe gelang es, die Mutter und drei Kinder ins Leben zurückzurufen. Das vierte indes, ein fünfjähriger Sohn, konnte nicht mehr gerettet werden!

Strecke nach sein. Der russische Großfürst Paul Alexanderovich hat sich gegen den Willen des Vaters mit der geschiedenen Jugenvergnügung Frau Rissolow vermählt. Dafür ist ihm die Uschade Bäderstadt zu Theil geworden, die sich in einem Dörfchen an das bisher nach dem Großfürsten benannte 79. Infanterie-Regiment zu schließen gab. Fortan hat den Namen Regiment Kasza zu führen.

Der älteste Kapitän auf dem Bodensee. Im Reich aus Lindau hat am 1. November das Jubiläum seiner fünfzigjährigen Thätigkeit im Dienste der Dampfschiffahrt begangen. Reich begann,

„Eine unbefangene Betrachtung der Vorgänge der letzten Tage muß zu dem Urtheil führen, daß die Mehrheit an dieser Entwicklung der Dinge mindestens so viel Schuld trägt, wie die Sozialdemokratie, einerlei, welche „Obstruktions“-Absichten diese haben oder nicht haben mag.“

Und die gleichfalls nationalliberale „Berliner Börsen-Zeitung“ sagt von der Rede Stadthagens:

„Im Uebrigen darf nicht geleugnet werden, daß der Redner trotz der Länge seiner Ausführungen, die sich freilich wegen des vorgestrichenen Beschlusses des Hauses über nicht weniger als ein Duzend Detailfragen erstrecken mußte, im Wesentlichen sachlich sprach.“

Die Schließung der Debatte durch die Mehrheit nennt dieses Blatt einen Vorgang,

„der allerdings wohl noch kaum dagewesen ist, was von den betreffenden Abgeordneten sofort in gebührende Beleuchtung gesetzt wurde.“

Ueber die Anträge zur Aenderung der Geschäftsordnung findet der Leser im folgenden Artikel einige Bemerkungen der Presse.

Zu der geplanten Aenderung der Geschäftsordnung sagt die „Kreuz-Zeitung“:

„Sollte aber diese Aenderung der Geschäftsordnung nicht gelingen, so wird man noch einen Schritt weiter gehen und das Stellen von Anträgen auf namentliche Abstimmung überhaupt erschweren müssen.“

Weshalb die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Die Besorgnis, daß gegen eine zum schlimmsten entschlossene Obstruktion die jetzt vorgeschlagene Vereinfachung der namentlichen Abstimmung nicht ausreichen wird, hegen wir auch. Dann muß eben auf dem eingeschlagenen Wege die Aenderung der Geschäftsordnung hinsichtlich weitergegangen, dann müssen härtere Mittel gefunden werden.“

Die „Germania“, der besondere Aufmerksamkeit zu zollen ist, erklärt:

„Daß mit dieser Aenderung der Geschäftsordnung die Obstruktion noch nicht überwunden ist, sagen sich die Antragsteller wohl selbst. Die halben Stunden, die bei den Abstimmungen gespart werden, können durch Dauerreden bei jeder Position wieder wettgemacht werden. Man ist daher voraussichtlich genöthigt, noch durch preisendere Maßregeln in Erwägung zu ziehen, wenn man sich von den Singer-Leuten nicht länger will auf der Nase herumtanzen lassen.“

Endlich, der christlich-fromme „Reichsbote“ hegt, als sei die Zeit nahe, wo die kühnsten Reaktionspläne gegen die Sozialdemokratie zur Erfülle gelangen könnten:

„Die einzig richtige Forderung, die hieraus gezogen werden müßte, würde sein, daß die Mehrheit beschlosse, diejenigen Mitglieder des Hauses, welche die Institution des Reichstages und die Geschäftsordnung in solch merkwürdiger Weise mißbrauchen, seien für eine bestimmte Zeit von der Theilnahme an den Verhandlungen auszuschließen.“

Statt dessen haben sich die Mehrheitsparteien dahin geeinigt, den Modus der namentlichen Abstimmung zu ändern, um ein paar Minuten Zeit zu gewinnen. Ob er nicht dadurch komplizierter gestaltet wird, ist fraglich. Wir bescheiden uns gern, wenn es anders kommt.

Darin aber werden uns alle einsichtigen Vaterlandsfreunde aufkommen, daß man in gespannter Situation, wie der jetzigen, mit solchen Palliativmitteln nicht den Kern der Obstruktion trifft und nicht die Sache, um die es sich handelt, fördert. „Seid Mänaer!“

Das Alles sind Ankündigungen, für die zwar die Möglichkeit der Verwirklichung nicht besteht, die aber unzweifelhaft zeigen, wohin die Wünsche des konservativ-merikanischen Bundes zielen. Da gilt es, dem ersten Beginn mit allem Nachdruck und mit Aufgebot aller Mittel zu widerstehen!

Wie verlautet, soll die Beratung des Geschäftsordnungsantrages bereits am Dienstag von der Mehrheit erzwungen werden, obwohl dies Verfahren allem parlamentarischen Herkommen widerspricht.

Der „Vorwärts“ schreibt: Wenn jetzt unter solchen Umständen der parlamentarische Staatsstreich eines Geschäftsordnungs-Umschwungs unternommen wird, wenn so der Zollsampf sich zu einem Kampfe um die parlamentarischen Grundrechte gestaltet, so werden

die Folgen dieses Kampfes auf diejenigen fallen, die ihn herausfordern. Die Sozialdemokratie, hinter der die Massen des arbeitenden Volkes stehen, hat diesen Kampf wahrlich nicht zu fürchten!

Durch den Antrag der Konservativen und des Zentrums auf Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages ist der Zollsampf in eine neue Epoche eingetreten. Die Mehrzahl unternimmt es, zur Sicherung der wirtschaftlichen Ausplünderung des Volkes durch schamlose Zollerhöhungen zugleich die Geschäftsordnung anzutasten.

Das ist die Kriegserklärung der Zollpartei und die Opposition wird den aufgedrängten Krieg zu führen wissen.

Eugen Richter macht jetzt öffentlich bekannt, daß er den verschärften Kampf gegen die Zollvorlage nicht mitführen will. Er schreibt in der „Freis. Ztg.“:

„Die Freisinnige Zollpartei macht allerdings kein Geheimnis daraus, daß sie der Art des Vorgehens der Sozialdemokratie in mehrfacher Beziehung nicht zustimmt und darin auch kein taugliches Mittel erachtet, weder die Zolltarifvorlage zu Fall zu bringen, noch die Entscheidung bis zum Juni hinauszuziehen. Die Zeit wird dies lehren.“

Wie verlautet, rebelliren gegen diese Haltung eine Anzahl volksparteilicher Abgeordneter.

Wahlobstruktion des Zentrums. Das Zentrum regt sich gegenwärtig über die angebliche Zollobstruktion gewaltig auf. Zu gleicher Zeit aber hat es selbst einen kraftfester Obstruktion vollführt. Dem „Vorwärts“ wird gemeldet:

Bei den hessischen Landtagswahlen wurde in Offenbach-Stadt Genosse Ulrich einstimmig gewählt. In Offenbach-Land wurde die Wahl vereitelt, dadurch, daß die Wahlmänner des Zentrums abwesend blieben und so die erforderliche Zahl von Wahlmännern nicht vorhanden war.

Gewählt wurden im Ganzen drei Sozialdemokraten, sieben Antisemiten und Landwirthsbündler, fünf Freisinnige, drei Nationalliberale, zwei Zentrumsleute. Außer dem Genossen Ulrich wurden Dr. David und Philimon Haas gewählt.

Das ist allerdings eine sehr kindische und nutzlose Obstruktion; denn im wiederholten Wahlgang entscheidet dann die einfache Mehrheit. Die Wahl des Genossen Urb in Offenbach-Land ist sicher.

Eine amtliche Anerkennung der Fleischtheuerung wird der „Königsb. Post. Ztg.“ aus Masuren gemeldet. Dort hat „in Anbetracht der gegenwärtigen hohen Fleischpreise“ der königliche Oberförster zu Böden im Auftrage der Regierung die domänen-fürstlichen Fischereipächter angefordert, auf den Märkten Fische zum Verkauf zu stellen, damit der Bevölkerung reichlich Gelegenheit zum Kauf von Fischen geboten werde.

Verficherung gegen Arbeitslosigkeit. Der Bundesrat hat nach dem „Frankf. Kur.“ beschlosse, eine Statistik über alle im Reich getroffenen Schritte zur Herbeiführung von Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit aufstellen zu lassen.

Für Militärfreundlichkeit. Den Hinterbliebenen des Abgeordneten Richter hat der Kriegsminister v. Götler, nach der „Danz. Zig.“, nachstehendes Beileidschreiben zugehen lassen: „Ein Veteran in dem parlamentarischen Kampfe unserer Zeit, ist für den Berühmten stets als der Ersten einer mit warmem patriotischen Herzen für Kaiser und Reich und mit besonderem Erfolge auch für die Erhaltung unserer Wehrmacht zu Lande und zu Wasser in einer Weise eingetreten, die ihm bei allen Vaterlandsfreunden ein treues Gedenken sichern. — Solche Telegramme beim Tode Liberaler sind selten.“

Die Spaltung in den rechts stehenden Partien des Wahlkreises Schleswig-Oldenburg hat sich für die Reichstags-Wahlwahl vollzogen. Die agrarische Rechte stellte den antisemitischen Grafen Reventlow aus Wollschlagen, die nicht agrarische Rechte den nationalliberalen Landesversicherungsrat Hansen aus Kiel auf. Damit ist begründete Aussicht vorhanden, daß die Stichwahl zwischen dem Freisinnigen und sozialdemokratischen Kandidaten stattfinden wird.

dem „Schw. Merkur“ zufolge, wie Laufbahn am 1. November 1852 als Schiffsjunge und rühte in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Kapitän vor. Im Jahre 1861 trat er Dienst auf dem Dampfschiff „Admiral“, das in der Nacht vom 11. März desselben Jahres in der Nähe von Korsbich bei heftigem Sturm durch den Schweizer Dampfer in den Grund gebohrt wurde. 15 Menschen kamen dabei ums Leben. Reich erreichte nach furchterlichen Stunden mit noch zwei Geschützen das Schweizer Ufer. In seinem späteren Leben hat er noch manchen Sturm auf dem Boden der Befehle müssen. Auch in den schwierigsten Fällen hat er sich durch Ruhe, Besonnenheit und Thätigkeit hervorgethan, und manches Rettungsmerk ist unter seinem Kommando gelungen. Der Sturm- und wettererprobte Seemann steht im 54. Lebensjahre, doch behauptet er seinen Platz auf der Kommando-Brücke noch in ungehinderter Kraft.

Eine Chinese als Boxer-General. Die „North China Daily News“ berichten über eine Chinese, die während der Boxerunruhen als Truppenführerin eine Rolle spielte. Sie hieß Luo Kuan Jun. Durch ihre Schwärze lockte sie viele zweifelnde Soldaten in ihr Heer, das bald auf 10,000 Mann answoll. Mit diesem marshallte sie auf Tscheng. Sie verabschiedete sich jedoch ihre militärischen Ansichten darüber, daß sie mit den sechs bedeutendsten der Boxerführer gleichzeitig zusammen und Jedem derselben die Ehr vermachte. Als die Führer darüber kamen, erwarbten sie zunächst den Reichthümlichkeiten und gerieten dann unter einander in Kampf, wobei drei weitere starben. Von den beiden Uebrigbleibenden zog jedoch einer mit fast allen Truppen und aller Munition ab. Luo Kuan Jun sah sich daher genöthigt, vor den Regierungstruppen zu fliehen. Sie soll jetzt wieder ein Heer gesammelt haben, sich aber mit einem Verbbaber begnügen.

Ein Infanteriehauptmann Namens Böhler erlosch in Finn Schweden) seine beiden Söhne im Alter von 10 und 8 Jahren und vermachte seinen dritten, höchstjährigen Sohn lebenslanglich. Böhler war krank. Man nimmt an, daß er die That im Wahnsinn verübt hat.

Bei den Ausbrüchen des Vulkans Santa Maria in Guatemala ist, wie jetzt bekannt ist, die schwedische Plantage Helvetia total verheert worden. 100 Menschen fanden bei der Katastrophe den Tod. Während des 20. und 21. October herrschte in Folge dichter Ascheregens totale Finsterniß. Als dieser endlich wich, lag die ganze stehende Pflanzung unter einer mehr als zwei Meter hohen Schicht vulkanischer Asche begraben. Ueber das Schicksal eines schwedischen Pflanzers Möhle aus Gais, der sich zur Zeit des Ausbruchs in der Bewästhungszone befand, weiß man nichts Bestimmtes. Dagegen behauptet lebendiger Zeuge, daß der Professor der Landwirtschaft, ebenfalls ein Schwede, sowie die ganze etwa 600 Köpfe zählende indische Arbeiterbevölkerung unversehrt ist.

Die Titelmuth. In der „Sta. Politz.“ lesen wir: Vor längerer Zeit ging als eine gute Illustration zu der in Städtens-

land vielfach bedenklich grassirenden Titelwuth die Standesbezeichnung durch die Blätter, mit der sich eine biedere Nürnberger Schönheit in einem Vadeorte als „Schleimausfabrikantenochter“ angab. Heute können wir einige hübsche Gegenstücke dazu in Titeln finden, die wir den standesamtlichen Nachrichten in Nr. 235 und 238 des „Bürgurger Generalanzeigers“ entnehmen. Wir finden daselbst neben einem „Machinenhausgehilfenkind“ und einem „Wagenaufschreiberkind“ außer vielen anderen noch einen „Grundbuchanlegungs-kommissar“, eine „Agenturortlandswirthin“ und einen „Bürgerhospital-entmann“. Ganz besonders imponirt uns aber eine „Wurfwaren-geschäftsinhabersfrau“ und schließlich ein „Wohlfährigkeitsstiftungs-administrationsdiener“.

Landrath, Bürgermeister und Servietten. Aus einem rheimischen Gebirgsdörfchen wird folgende drollige Geschichte erzählt: Der Landrath beehrte das Dörfchen mit seinem Besuche und wurde vom Bürgermeister zum Mittagessen eingeladen. Als man sich zum Mahle niedergesetzt hatte, botte die geschäftige Frau Bürgermeister aus dem wohlgefüllten Kinnchen für den Gast eine Serviette. „Geben Sie doch Ihrem Manne auch eine Serviette“, meinte der Gast. — „Dös is net netzig, Herr Landrath“, erwiderte stolz die Frau Bürgermeister, „us Hannes schlabbert net!“

Die größte Stadt. Nach Feststellungen des Vermessungsleiters Gede ist die Stadt Dresden nach den am 1. Januar 1902 vollzogenen Ueberlebungen, verschiedener Bezirke nämlich die größte Stadt des Reiches, rundum 600 Hektar größer als Berlin, doch wird sie an Einwohnerzahl dann unter den deutschen Städten erst an vierter Stelle stehen.

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit“ (Einttagart, Dietz Verlag) ist soeben das 6. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Neues über die Märzrevolution. — Coriolis Outgens zum Gedächtniß. Von Max Grünwald. — Die englische Militärart. Von M. Beer. — Ueber die Grenzen der öffentlichen Gesundheitspflege in der heutigen Gesellschaftsordnung. Von Dr. Ludwig Teich (Wien). — Die Kapitalkonzentration in den vereinigten Staaten. Von A. S. Simons (Chicago). — Der Versuch einer Personalbehebung. Von Hans Markwald. — Bergbau und Bergarbeiter. Von D. Gub. — Litterarische Rundschau: Leo Berg, Jerrit Jiten. Brochhaus Konversationslexikon. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Postrouten zum Preise von Mark 2.25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungs-Preisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probeabnummern stehen jeder Zeit zur Verfügung.

Dem Abg. Dr. Wenner droht die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ an, daß der Bund bei der nächsten Reichstagswahl ihn nicht unterstützen würde, weil für ihn die Landwirtschaftsminister und dem Landesökonomikollegium anerkannten Stelle nicht maßgebend seien. Der Bund werde sich einem Zentrumskandidaten zuwenden, falls das Zentrum einen dem Bund genehmeren Kandidaten präsentiere.

Die beiden seltensten Gänge im Reichstag sind die beiden Antisemiten Ahlwardt und Köhler. Bis zum 5. November haben über den Zolltarif 20 namentliche Abstimmungen stattgefunden. Ahlwardt hat nur an 2 von diesen 20 namentlichen Abstimmungen teilgenommen, nämlich am 29. Oktober über die Mindestsätze für Schweine und für Fleisch. Der Antisemit Köhler hat offenbar bei sämtlichen 20 namentlichen Abstimmungen mit dem Wiederzulassung des Reichstags am 14. Oktober ohne Entschuldigung gefehlt. In dem Bericht über die Sitzung am 29. Oktober, in der im Ganzen 7 namentliche Abstimmungen stattgefunden haben, steht zwar verzeichnet, daß Köhler bei der ersten namentlichen Abstimmung auf Schluss der Diskussion über die Mindestsätze für Rindvieh, Schafe und Schweine gestimmt, bei den darauf folgenden 6 namentlichen Abstimmungen derselben Sitzung über die Mindestsätze selbst aber nicht als ohne Entschuldigung fehlend angeführt. Augenscheinlich liegt ein Versehen im amtlichen Bericht vor, denn es ist doch nicht anzunehmen, daß Köhler nur für den Schluss der Diskussion gestimmt und sich dann wieder entfernt habe, zumal da Köhler seit dem 23. Mai 1900 in einer namentlichen Abstimmung im Reichstag überhaupt nicht mehr teilgenommen hat.

Im 15. sächsischen Reichswahlkreis (Mittweida-Rochlitz-Kilbha) ist an Stelle des Politikers der Nationalliberalen, Ahlemann, der aus Gesundheitsrücksichten auf die Annahme einer neuen Kandidatur verzichtet, nach Dr. „Deutsch. Wacht“ der Fabrikbesitzer Widiger in Mittweida als nationalliberaler Kandidat aufgestellt worden.

An Stelle des Abg. v. Frege im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis (Borna) haben die Konservativen Dr. Zwickauer Kreis-Propstmann Dr. Forster-Schubert als Kandidaten in Aussicht gestellt.

Wilhelm II. befindet sich zur Zeit in England zu einem Besuch bei seinem Onkel Eduard VII.

Ausland.

Von dem Wahltroll in Wien. Nach einem Telegramm der „Voss. Ztg.“ hatte die Wahl in Favoriten Straßenkämpfe zur Folge, wie sie in Wien schon lange nicht gesehen wurden. 600 Polizisten umzingelten die nach Tausenden zählenden Haufen der sozialistischen Arbeiter vor dem Hauptwahllokal. Es war 9 Uhr Abends, da zog plötzlich die Wache die Säbel und drang, wie Augenzeugen versichern, ohne äußeren Anlaß in die Menge ein, die nicht ausweichen konnte. Tausende Personen wurden — mehrere sehr schwer — verletzt. Die Wache drang in den im ersten Stock gelegenen Saal des Arbeiterheim ein. Die Wände des Saales zeigen deutliche Spuren der Wucht der Säbelhiebe. In Saale wurden zehn Personen durch Säbelhiebe verletzt, einer das Kniegelenk geschlagen. Die Verwundeten sind durchweg Sozialisten. Das brutale Eingreifen der Polizei soll im Parlament erstirt werden. Nach Telegrammen des „Potiaz.“ kam es schon in den ersten Nachmittagsstunden zu Prügeln, bei welchen ein Christlich-Sozialer einen Revolver zog und von berittenen Wachen entwaffnet wurde. Es gab verschiedene Verwundungen, darunter eine schwere, indem ein Eisenbahner von den Christlich-Sozialen überfallen und mit Stockhieben zu Boden geschlagen wurde, was er hemmlos heftig bluten liegen blieb. Die Polizei verhaftete 40 Personen wegen versuchten Schändens bei der Wahl und wegen der Straßenerreger. Eine Truppe Christlich-Sozialer überfiel ein sozialdemokratisches Agitations-Vokal, wurde aber zurückgeschlagen. Abg. Seitz und eine Anzahl Wähler mußten von berittenen Wachen gegen Christlich-Sozialer geschickt werden. Prochazka griff selbst in die Agitation ein und wurde von den Sozialdemokraten durchgeprügelt. Schließlich mußte die berittene Sicherheitswache mit zweimaligem Angriff vorgehen, wobei 40 bis 50 Arbeiter durch Säbelhiebe verwundet wurden, darunter mehrere schwer.

Partei-Angelegenheiten.

Unser alter Genosse Gabriel Löwenstein (Abgeordneter im bayerischen Landtage) feierte Freitag in voller körperlicher und geistiger Frische und Gesundheit seinen 77. Geburtstag. Untrennbar ist sein Name mit der deutschen Arbeiterbewegung verbunden; bei allen Kämpfen um des Volkes Recht stand er mit in erster Reihe. Der beste Dank, der dem „Volksfreund“ werden kann, ist dem Allen zu Theil geworden: der glühende Haß der Volksfeinde. Der schon Vierundsechzigjährige wurde auch noch ins Gefängnis geschickt, weil er gar zu schnellig ihr Lob und Treiben erzählte hatte, die dankbare Anhänglichkeit des arbeitenden Volkes, das weiß, was es seinem alten Vorkämpfer schuldet.

Das Straßentum der Partei ist der beste an die im Reich bestehende Rede- und Pressefreiheit anzulegende Maßstab. Im Monat Oktober wurde gegen Genossen erkannt auf 1 Jahr, 8 Monate und 3 Wochen Gefängnis- und 2635 Mark Geldstrafe.

Gemeindevahlen. Unsere Parteigenossen in Kiel beteiligten sich nach längerer Abstinenz, zu der sie durch eine schwere Wahlentwertung der Wahlen mittels starker Erhöhung des Zensus veranlaßt worden waren, zum ersten Mal wieder an den Stadtverordnetenwahlen. Sie erhielten bei 1964 Abstimmenden auf drei Kandidaten 316, 319 und 475 Stimmen. Es ist ein Achtungserfolg, wenn man die Thatsache bedenkt, daß bei fast 50,000 Steuerzahlern nur 8000 Wähler vorhanden sind. Alle Uebrigen erreichen den Zensus nicht. Kiel ist auch ein Denkmal freisinniger Kommunalpolitik.

In Magdeburg kommen sechs Genossen in die Stichwahl. Von 72 Mandaten besitzen wir bereits 8.

Die Münchener Parteigenossen haben beschlossen, für die bevorstehenden Gemeindevahlen in allen Bezirken der Stadt eigene Kandidaten aufzustellen. Von unseren bisherigen Vertretern im Rathhause scheidet nur Genosse Vitz aus, der natürlich wieder kandidirt.

Bei der Landtags-Wahlwahl in Frankenhäusen (Schwarzburg-Rudolstadt) wurde an Stelle des doppelt gewählten Genossen Winter der Genosse Höttinger mit 473 gegen 273 Stimmen gewählt. An der Zahl unserer Mandate wird durch diese Wahl nichts geändert.

Bei den Stadtrathswahlen in Düsseldorf, an denen sich unsere Partei zum erstenmal beteiligte, wurde die Mittelpartei durch die Sozialdemokraten verdrängt. Die Sozialdemokraten kommen mit dem Centrum in eine Stichwahl. Die Sozialdemokraten erhielten 2234, das Centrum 2221 Stimmen.

In die Redaktion der Magdeburger Volksstimme ist Genosse Neugebauer, aus Falkenberg in Oberschlesien, eingetreten.

Arbeiterbewegung.

Vom französischen Grubenarbeitersstande liegen aus den verschiedensten Bezirken Mittheilungen vor, die erkennen lassen, daß sich an der Gesamtlage nichts geändert hat. In einer zu St. Etienne in der Arbeiterbüchse abgehaltenen Versammlung haben die Grubenarbeiter, nachdem sie von den Entscheidungen der Schiedsgerichte in den Kohlenbetrieben der Departements Nord und Pas-de-Calais Kenntniz erhalten hatten, eine Tagesordnung angenommen, in der sie sich gegen schiedsrichterliche Entscheidungen erklärten. Im Kohlenbetriebe des Pas-de-Calais ist die Nacht zum Sonnabend ziemlich ruhig verlaufen. Der Ausfall ist noch immer vollständig. In Bruay wurden im Verlauf eines Streites 4 Soldaten verwundet; eine Schildwache wurde angegriffen und gab einen Schuß in die Luft ab, worauf die Ausständigen die Flucht ergriffen.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 10. November.

Die Volks-Versammlung,

welche heute Abend 8 Uhr im Gewerkschaftshause tagt, um nach einem Vortrag von

Franz Euhauer

Stellung zu nehmen zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, bringen wir hierdurch nochmals in Erinnerung.

* Zur Stadtverordnetenwahl. Am Mittwoch, den 12. November, von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr und von Nachmittags 3 Uhr bis Abends 8 Uhr finden die Wahlen in der dritten Abtheilung statt. Sozialdemokratische Kandidaten sind im

- Bezirk 21: Verbandssekretär Heinrich Köhler, Buchdrucker Hermann Härtel,
- Bezirk 23: Versicherungsbeamter Ernst Zahn, Redakteur Paul Löbe,
- Bezirk 27: Tischler Rudolf Fabian,
- 29: Hutmacher Paul Seydner,
- 30: Tischler Hermann Brofig,
- 31: Schneidermeister Karl Burgund,
- 33: Kassenrentant Arthur Bergmann,
- 34: Geschäftsführer Oskar Heymann,
- 35: Arbeiter-Sekretär Emil Renkirsch, Tischler Paul Köhler.

Genossen! Geht Mittags zur Wahl, wenn es irgend möglich ist.

* Genossen, sorgt für die Munition! Der Wahlkampf nimmt die Mittel der Partei in hohem Maße in Anspruch. Es ist daher die Pflicht eines jeden Genossen, für neues Pulver im Kampfe zu sorgen. Bemühe sich Jeder in seinem Kreise, in diesem Sinne zu wirken bei Kollegen, Freunden und Nachbarn, dann kann es der Partei auch an der Kraft zum Siege nicht fehlen. Auch der geringste Beitrag hilft zum Ganzen, denn viele Wenig machen ein Viel.

* Die „Breslauer Morgenzeitung“ macht den hiesigen Sozialdemokraten und insbesondere den Vertretern derselben den Vorwurf der Ueberhebung und Großsprecherei und wirft ihnen insbesondere vor, sich gegenüber den freisinnigen Arbeiterkandidaten in gehässig herabsetzender Weise benommen zu haben. Es heißt u. A. in dem Artikel der „Bresl. Morgenztg.“:

„Verhört es nicht peinlich, wenn sozialdemokratische Arbeitervertreter die Leistungen und Befähigungen von Vertretern politisch anders denkender Arbeiter verpöten und in geschäftigen Zweifeln ziehen? Die beiden hiesigen Dundeschen Gewerkschaften, welche im 30. und im 31. Bezirke kandidiren, sind gewiss noch nicht so ungenügende Redner, wie es deren unter den sozialdemokratischen Gewerkschaften manch einen geben mag, aber daß ist doch gewiss kein Grund, sie von vornherein mit der Laune gegenüber Kritik zu überschütten. Wir haben so das Gefühl, als ob es einem Arbeiter nicht wohl anstehe, einem anderen Arbeiter gegenüber — mag selbiger ihm nun als „Genosse“ politisch verwerflich sein — den Bildungs- oder Leistungsproben und noch dazu in kränkender Absicht herauszuföhren. Mögen doch die Sozialdemokraten erst einmal abwarten, was die Herren Hähnisch und Buchmann im Stadtparlamente leisten, ob sie sich wirklich als kommunale Nulzen erweisen und die Erwartungen ihrer Wähler güttaunm enttäuschen werden.“

Diese Vorwürfe sind vollständig unberechtigt und wir begreifen einfach nicht, wie ein sonst so durchaus objektiv urtheilendes Blatt wie die „Breslauer Morgenzeitung“ zu einer derart unwahren Darstellung kommen kann. Was die Aufstellung freisinniger Arbeiterkandidaten an sich betrifft, so ist sowohl in der „Volksmacht“ wie in der freisinnigen Versammlung bei Lachmuth und in unserer Versammlung im Gewerkschaftshause von sozialdemokratischer Seite ganz ausdrücklich betont worden, daß gegen solche Kandidaturen an sich garnichts einzuwenden wäre. Kann die „Morgenzeitung“ diese Thatsache bestreiten? Es ist denn auch bisher von sozialdemokratischer Seite kein Wort des Angriffs gegen Herrn Buchmann geäußert worden. Anders freilich bei Herrn Hähnisch. Aber dieser hat doch die sozialdemokratischen Angriffe direkt provoziert. Er hat — entgegen den Erklärungen der „Breslauer Morgenzeitung“, daß die freisinnigen Arbeitervertreter an der Seite der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung für die Erfüllung wichtiger sozialer Aufgaben der Gemeinde wirken würden — in seinem Flugblatt als seine einzige Aufgabe die Bekämpfung der Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung erklärt. Er ist daraufhin in seiner eigenen Versammlung vom sozialdemokratischen Stadtverordneten Bruhns zur Rede gestellt worden, wie er sich denn diesen Kampf denke, hat darüber aber keinerlei Auskunft geben können und sich darauf beschränkt, einige der dümmsten radikaufsteigenden Lügen gegen die sozialdemokratischen Führer zu wiederholen. Bei den Versuchen, sachlich zu reden, offenbarte Herr Hähnisch eine so vollkommene Unwissenheit auch in den einfachsten kommunalen Dingen, daß Niemand widersprach, Herr Hähnisch einbegriffen, als unser Genosse Bruhns dem Herrn versicherte, seine eigene Rede hätte ihm viel mehr geschadet, wie seine, Bruhns, Rede und daran den gut gemeinten Rath knüpfte, Herr Hähnisch möge doch noch ein paar Jahre lernen, ehe er sich um das Amt eines Stadtverordneten bewerbe.

So liegen die Dinge und die „Breslauer Morgenztg.“ müßte daraus gerechter Weise den Schluss ziehen, daß ihr Schlingling durch eigene Schuld zu der Abfertigung gekommen ist, die ihm von sozialdemokratischer Seite zu Theil wurde. Das Blatt kann doch im Ernste nicht erwarten, daß die Sozialdemokratie derartige Herausforderungen und gehässige Angriffe, wie sie Herr Hähnisch ohne jede Veranlassung sich gestattetete, in höflichem, schonendem Schweigen hinnimmt, bloß weil der sachlich in keiner Weise qualifizierte Herr Hähnisch als „Arbeiterkandidat“ auftritt? Das wäre noch schöner. Wenn die „Bresl. Morgenzeitung“ von Großsprecherei und Ueberhebung redet, so trifft in diesem Falle nicht die sozialdemokratischen Arbeitervertreter, sondern den Schlingling der „Breslauer Morgenzeitung“ ein solcher Vorwurf.

Statt den Sozialdemokraten derart ungereimte Vorwürfe zu machen, hätte die „Breslauer Morgenzeitung“ unseres Erachtens besser gethan, sich über den Widerspruch

zu äußern, der in ihrer Erklärung von den Aufgaben der freisinnigen Arbeitervertreter im Stadtparlament und dem dieser Erklärung direkt widersprechenden Auftreten des Herrn Hähnisch liegt. Warum schweigt das Blatt darüber so bereit?

* Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist am Mittwoch, den 12. d. Mts., wegen der Stadtverordnetenwahl geschlossen.

* Unerhörte Lohnabzüge haben sich eine Anzahl in der Steingutfabrik von P. Giesel beschäftigte Dreher gefallen lassen müssen. Es handelt sich um 16 Dreher, die ihre Arbeit zum Brennen abliefern, ohne daß irgend ein Theil derselben als unbrauchbar oder minderwerthig bezeichnet worden war. Beim Brennen erlitt dann ein Theil der vorher tabellofen Sachen Schaden und nun wurden den ganz unschuldigen Drehern geradezu unerhörte Abzüge vom Lohn gemacht. Von einem Lohnbetrag von insgesamt 429.02 Mk. wurden den 16 Drehern nicht weniger wie 205.05 Mk. abgezogen, so daß sie nur 223.97 Mk. erhielten. Die Abzüge betragen bei den einzelnen Drehern von 3.60 bis 29.75 Mk., so daß ein Dreher mit 60 Wg., ein anderer mit 43 Pfennig für eine zweiwöchentliche Lohnperiode nach Hause gehen mußte.

Wie man in dieser Fabrik mit den Arbeitern umspringt, zeigt auch der Umstand, daß 52 derselben gekündigt worden ist, weil sie ihrer Organisation nicht unterwerfen wollten. Bekanntlich ist die Firma in Konkurs, man muß also jetzt den Verwalter der Konkursmasse für die unerhörten Vorkommnisse in diesem Betriebe verantwortlich machen.

* Ein Schritt vorwärts! Auch an die Arbeitersekretariate ist die Zuschrift des Kaiserlichen Statistischen Amtes gerichtet, betreffs Zusendung der Jahresberichte, Protokolle zc. für die geplante Herausgabe der Monatschrift der arbeiterstatistischen Abtheilung des statistischen Amtes.

Diese Zuschrift ist ein neuer Beweis dafür, daß die Reichsregierung beginnt, mit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und ihren Einrichtungen in Verbindung zu treten. Die angeführte Zuschrift ist nach dem Erscheinen von Regierungsvertretern auf dem letzten Gewerkschaftskongreß die zweite Thatsache, die beweist, daß die Reichsregierung die Gewerkschaften nicht mehr bloß ignorirt. Diese zweite Annäherung der Regierung an die Gewerkschaftsbewegung wird nicht die letzte sein; es werden noch mehrere folgen, insbesondere bei der immer dringender werdenden Frage der Arbeitslosenunterstützung.

* Erfreuliche Parteiverhältnisse kamen in der am Sonntag in Langenbielau abgehaltenen Parteiversammlung für den Wahlkreis Reichenbach-Neurode zur Sprache. Nach dem Bericht des Kreisvertrauensmannes wurden 53,000 Stück Flugschriften im Berichtsjahre im Wahlkreise verbreitet. 1556.24 Mk. wurden für die Agitation verausgabt. Der Langenbielauer Wahlverein hat 660 Mitglieder und ein Vermögen von 1425 Mk. Während jahrelang in Reichenbach nur 40 bis 60 Genossen politisch organisiert waren, zählt der dortige Wahlverein jetzt 230 bis 240 Mitglieder, sein Kassenbestand beläuft sich auf rund 150 Mk. Der Peterswaldbauer Wahlverein hat 277 Mitglieder und einen Kassenbestand von 293,19 Mk. Einige 20 Mitglieder zählt der neugegründete Wahlverein für Peilau und Umgebung. Im Neuroder Kreise erfüllen die Parteigenossen ihre Pflicht gegenüber der Partei in Folge des Lokalmangels durch freiwillige Beiträge. Der Stand des „Proletariers aus dem Culengebirge“ ist durchaus günstig, sowohl was die Auflage anbelangt, wie auch in materieller Beziehung. Die Auflage des „Proletariers“ beträgt 7300, ist also höher wie vor Gründung der „Landeshuter Volkszeitung“.

* Oberschlesische Ruffenverehrung. Auf unsere Meldung von der Ruffenverehrung der Rattowiger Eisenbahndirektion, die aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Thronbesteigung des russischen Kaisers geflaggt hatte (Nr. 250 der „Volksm.“), antwortet die „Rattow. Zeitung“, die Ruffenfreundin: „Diesen Auslegungen gegenüber stellen wir fest, daß die Beflaggung der Verkehrsgebäude in sämtlichen Grenzstädten an patriotischen Fest- und Gedentagen auf gegenseitiger diplomatischer Vereinbarung beruht. Ebenso wie in Rattowitz das Eisenbahngebäude an russischen Festtagen flaggt, zeigt das Bahnhofsgebäude in Sosnowitz an deutschen Feiertagen (hoffentlich doch wohl nur an patriotischen?) Die (Red.) Fahnen schmuck. Dieselbe gegenseitige Höflichkeit bezeugen sich auch die anderen Städte an der russischen und österreichischen Grenze.“

Wir danken für diese Belehrung, die wir eigentlich voraussetzten und durch unsere Mittheilung provozierten. Es wäre ja auch gar zu stark gewesen, wenn die Rattowiger Eisenbahndirektion ganz allein in Ruffenverehrung gemacht hätte. Es ist also so wie wir es uns dachten: Die Ruffenverehrung ist Berliner Produkt. Jetzt möchten wir nur noch wissen, von wem diese Ruffenverehrung ausgeht; wohl auch von Berlin? Und flaggen nur die Verkehrsgebäude? Wenn schon, denn schon! warum flaggen nicht alle öffentlichen Gebäude?

* Oberschlesisches. Im ober-schlesischen Industriebezirk sind seit längerer Zeit eine kleine Zahl Eisenbahnarbeiter organisiert. Die Behörden scheinen gerade dieser Organisation mit besonderer Energie nachzuspüren, und das ist bekannt, daß große Summen da und dort ausgegeben worden sind, um die organisierten Eisenbahner auf hinterwegen festzustellen. Jüngst hat man in einem Dorfe bei Deuthen auf dem Wege der Haussuchung festzustellen gesucht, wie es bei Eisenbahnern mit der Organisation steht; haus-suchende Polizeibeamte haben, ohne eine Legitimation zur Haus-suchung vorzuzeigen, bei einer Familie, deren männliche Mitglieder natürlich in Arbeit waren, bei der eingeschüchterten Frau Kasten und Kisten durchsucht, natürlich aber nichts gefunden. Auf welche Gesetzesbestimmungen berufen sich diese Beamten, die Haus-suchungen vornehmen um die Gewerkschaftsmitgliedschaft festzustellen. Ist diese ein Verbrechen? Es wird versucht werden, die irrthümliche Geschichte aufzuklären.

